

## AKTUELL

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

# Im Vorwahlgang weichgespült

Danièle Weber

**Vor über einem Jahr beschlossen elf europäische Länder, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Viel weiter ist man seitdem nicht gekommen. Nun soll frühestens ab 2016 eine Light-Version in Kraft treten.**

„Du kannst ruhig dafür stimmen, sie kommt sowieso nie.“ Diesen Rat soll Ex-Premier Jean-Claude Juncker vor gut einem Jahr seiner Parteikollegin und Europa-Abgeordneten Astrid Lulling gegeben haben. Beide unterhielten sich über Finanztransaktionssteuer. Juncker, der bei diesem Thema gerne seinen Finanzminister Frieden vorschickte, um die nicht überall in Europa gerne gesehene Luxemburger Ablehnung zu vertreten, könnte mit seiner Einschätzung Recht behalten. Denn das, was diese Woche der österreichische Finanzminister Michael Spindelegger als „Einigung“ verkaufen wollte, hat mit dem eigentlichen Vorhaben nur noch bedingt etwas zu tun.

Österreich gehört neben Frankreich, Deutschland und Belgien zu den

elf europäischen Ländern, die sich im Januar 2013 zu einer verstärkten Zusammenarbeit zusammaten mit dem Ziel, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Gerne hätte man vor den Europawahlen ein positives Signal gegeben. Doch bereits im Vorfeld des Treffens der EU-Finanzminister am Dienstag wurde klar: Viel weiter als vor einem Jahr war man noch nicht gekommen. Man müsse „Schritt für Schritt vorgehen“, ruderte etwa der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble herum. In einer ersten Phase könne lediglich eine begrenzte Besteuerung von Aktien und einigen Derivaten beschlossen werden.

Dieser „erste Teil“ werde „ab Januar 2016“ in Kraft treten, kündigte Spindelegger am Montagabend an, ohne weitere Details zu nennen. Bezüglich des Inhalts der Steuer brauche man ein Engagement der elf Staaten, „das ein bisschen mehr in die Tiefe geht“, hatte der Minister vor dem Treffen betont.

Doch es bestehen Divergenzen, die sich wohl nicht wegdiskutieren lassen. Während Deutschland dafür ist, alle

Finanzprodukte zu besteuern, setzt sich vor allem Frankreich dafür ein, Derivate auszuschließen. Eine Besteuerung dieser Finanzinstrumente würde französische Banken besonders treffen. Nicht einig ist man sich auch darüber, was mit den Steuereinnahmen passieren soll.

## Erster Trippelschritt ab 2016

Die Gegner der Steuer betrachten die Debatte mit einer gewissen Genugtuung. Es scheine ihm, als gebe es unter den Elf gar keine Einigung, diese wollten lediglich vor den Wahlen etwas präsentieren, sagte der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem. Es sei nun an den elf Ländern, zu beweisen, dass die Steuer keinen Nachteil für den Rest der EU-Mitglieder nach sich ziehe, betonte sein schwedischer Kollege Anders Borg.

Großbritannien scheiterte indes mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Am vergangenen Mittwoch entschied das Gericht, dass eventuelle negative Auswirkungen

für den Finanzstandort London noch nicht abzusehen seien. Die Formulierung des Urteils ließ den Kläger optimistisch zurück: Die Entscheidung bestätige, dass Großbritannien den endgültigen Vorschlag für die Steuer durchaus anfechten könne, so die Reaktion im britischen Finanzministerium. „Dieses Urteil besagt nichts, außer dass es zu früh ist, um eventuelle Folgen der Steuer abzuschätzen“, sagte auch der Luxemburger Finanzminister Pierre Gramegna am Rande des Treffens in Brüssel. In Luxemburg blieb bekanntlich auch die blau-rot-grüne Regierung bei ihrer Ablehnung der Finanztransaktionssteuer.

Auf europäischer Ebene treten die Grünen weiterhin als vehemente Befürworter der Besteuerung von Finanzprodukten auf. Als „Schumpfststeuer“ bezeichneten sie die nun beschlossene Steuer. Dies sei keine Finanztransaktionssteuer, sondern eine „Börsenumsatzsteuer auf Aktiengeschäfte“, deren Prinzip eine Umgehung und Ausnahmefälle ermögliche. Da sie auf die meisten Derivate und Anleihen gar nicht erhoben wird, sei mit gerade einmal zehn Prozent der ursprünglich erwarteten Einnahmen zu rechnen. Experten gingen davon aus, dass die Finanztransaktionssteuer den elf Ländern rund 34 Millionen Mehr-Einnahmen bescheren könnte.

KINDERGELD

# Geheimniskrämerei

David Angel

**Während Corinne Cahen immer noch konkrete Auskünfte zum Thema Kindergeld schuldig bleibt, weigert sich Claude Meisch, die Debatte um die Studienbeihilfen öffentlich zu führen.**

„Unser Land muss zu einer Kultur des Dialogs zurückfinden, die lange Zeit unsere Stärke war. Die Regierung wird den direkten Dialog mit den Bürgern suchen und den Austausch zwischen allen Teilen der Gesellschaft fördern.“ So stand es in der Einleitung des Koalitionsprogramms der blau-rot-grünen Regierung bei deren Antritt. Ein halbes Jahr später lässt die versprochene Transparenz und Dialogbereitschaft noch auf sich warten. Schon Mitte Januar hatte Familienministerin Corinne Cahen angekündigt, das Kindergeld-System grundlegend reformieren und vereinfachen zu wollen (woxx 1250). Sie sprach unter anderem von einem einheitlichen, von der Anzahl der Kin-

der im Haushalt unabhängigen Kindergeld. Vergangene Woche berichtete die woxx im Zusammenhang mit der Reform der Studienbeihilfen von einem Patzer, den sich Claude Meisch im Gespräch mit einer Jugendorganisation geleistet haben soll. Darauf angesprochen, dass die geplante Höhe der Studienbeihilfen unter der des aktuellen jährlichen Kindergelds liege, soll Meisch geantwortet haben, das Kindergeld werde sich in Zukunft eh nur noch auf 2.500 Euro jährlich belaufen. Die CSV-Opposition nahm diese Information dankend auf und forderte von Corinne Cahen, umgehend Stellung zu beziehen. Gegenüber RTL demontierten sowohl Cahen als auch Meisch die Richtigkeit der Information. Meisch stritt ab, so etwas überhaupt gesagt zu haben. In der Chamberkommission zu Familienangelegenheiten am vergangenen Montag erklärte die Familienministerin nochmals, es sei nicht beabsichtigt, ein einheitliches Kindergeld in

Höhe von 2.500 Euro einzuführen. Zu der Frage, ob es konkrete Pläne zu einer Reform des Kindergeldes gibt und wie die aussehen könnten, äußerte sie sich nicht.

Dabei würde ein einheitliches Kindergeld in der Höhe ganz gut zu den Ankündigungen passen, die bisher gemacht wurden: 2.500 Euro wären nämlich mehr, als eine Familie bisher für ein Einzelkind jährlich erhält (2.227 Euro), aber weniger, als einer Familie mit zwei Kindern pro Kind und pro Jahr zusteht (2.644 Euro). Das würde zur Argumentation Cahens passen, die im Januar davon sprach, dass die Ausgaben einer Familie für den Unterhalt eines Kindes nicht mit der Anzahl der Kinder steigen.

## Öffentliche Debatte statt Schein-Verhandlungen

In einer Pressemitteilung von Anfang der Woche äußerte die Unel die Vermutung, es könnte der Regierung darum gehen, die Europawahlen abzuwarten und ihre Pläne zu einer Neuausrichtung des Kindergeldes erst dann zu konkretisieren.

Im selben Kommuniqué bot die Studentenorganisation Claude Meisch nochmals den „offenen Dialog“ an.

Milena Steinmetzer, Initiatorin des Schüler- und Studentenstreiks gegen das Gesetzesprojekt 6670, lehnt Angebote des Ministers, Gespräche hinter verschlossenen Türen zu führen, aber ab: „Wir wollen eine öffentliche Debatte, damit sich Minister Meisch nicht weiterhin in Schein-Verhandlungen flüchten kann. Auch gab es bisher keinerlei Eingeständnisse oder inhaltliche Signale, die hoffen lassen, dass der Minister bereit ist, ergebnisoffene Diskussionen zu führen.“ Ein Gespräch mit dem Hochschulminister sagte das „Aktionskomitee 6670“, das aus dem Streikkomitee hervorgegangen ist, aus demselben Grund ab. Man sei den Tausenden SchülerInnen und Studentinnen, die auf die Straße gegangen waren, Transparenz und Offenheit schuldig und habe deswegen Meisch aufgefordert, das Gespräch zumindest aufzunehmen, hieß es von Seiten des Aktionskomitees. Das habe der abgelehnt. Claude Meisch empörte sich daraufhin im „Essentiel“, er habe „so etwas noch nie gesehen“, und erklärte, Verhandlungen dieser Art könnten nun einmal nicht in aller Öffentlichkeit geführt werden. Eigentlich könnte man von einer sich als dialogbereit darstellenden Regierung aber genau das erwarten.